

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphische Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Verlagsdruckerei
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 135.

Sonntag, 13. Juni 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßla oder durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der letzter. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Einzelgenussnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Raststättenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Kirichen-Versteigerung.

Die diesjährige Auktion von den **kirchlichen Kirchengärten** an der
3. — 5. Abteilung der Dresden-Weißiger Straße,
3. Abteilung der Rosen-Döbener Straße,
4. und 6. Abteilung der Leisnig-Straßla-Riesner Straße,
der Straßla-Riesner Straße,
zwischen den Stationen 3,55 und 4,66 der Döbener-Dahlemer Straße,

im Amts-
straßen-
meisterbezirk
Döbener

folgt

Mittwoch, am 17. dieses Monats, vormittags 10 Uhr
im **Gasthofe zum Schwan in Döbener**

anderweit öffentlich zum Verkauf unter den vorgeschriebenen Bedingungen ausgesetzt werden.
Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die in Frage kommenden Pacht-
Arten sehr guten Ertrag versprechen.

Zu näherer Auskunft sind Herr Amtstraßenmeister **Just** in Döbener und die Wärter der
genannten Straßenabteilungen bereit.

Königliche Straßen- und Wasserbauinspektion Döbener
und **Königliche Bauverwaltung Grimma**, am 12. Juni 1896.

Königl. Sächs. Staatseisenbahnen.

Kirchnutzungs-Verpachtung.

Die entlang der **Leisnig-Dresdener Staatseisenbahnlinien**, zwischen **Signalstation**
Zeithain und **Bahnhof Dresden-N. II** anstehende diesjährige **Kirchnutzung** soll unter

den vor dem Versteigerungstermine bekannt zu gebenden Bedingungen, gegen sofortige Barzahlung
an Ort und Stelle in einzelnen Abtheilungen öffentlich zur Versteigerung gelangen und zwar:

Montag, den 15. Juni ds. Js.,

a. Vorm. 8 Uhr in der Nähe der Signalstation **Zeithain**.
b. Vorm. 1/2 10 Uhr in der Nähe des Haltepunktes **Weißig**.

Dienstag, den 16. Juni ds. Js.,

c. Vorm. 8 Uhr vom **Wärterhause** am Wege nach **Jessen** und
Schirka nach den Ländereien des **Oberauer Tunnel**.

Mittwoch, den 17. Juni,

d. Nachm. 1/2 5 Uhr in der Nähe der Unterführung der **Dresdener-Weißiger**
Chaussee bei der **Restaurations Waidwille in Trochan**.

Das Nähere ist zu erfahren bezüglich der Versteigerungen zu

a. und b. beim Herrn **Bahnmeister Engmann** in **Langenberg**,
c. „ „ „ „ „ **Leonhardt - Niederau**,
d. „ „ „ „ „ **Lichtenberger** in **Nadebus**.

Dresden-N. II, am 8. Juni 1896.

Königliche Eisenbahn-Bauinspektion.

Zur ägyptischen Frage.

In Paris kündeten die Tagesblätter die mitgetheilte
Entscheidung des gemischten Gerichtshofes in Kairo betreffs
der von der internationalen Kommission für den Sudan-
feldzug gewährten Gelder, die bekanntlich nach dem Verzicht
zurückzahlen sind, als einen „französischen Sieg“ an; in
London erklärte Sir Michael Hicks-Beach aber im Parlamente,
daß durch das Urtheil in Kairo die Sachlage für Eng-
land in keiner Weise verändert sei, und die „Times“ geht
noch einen Schritt weiter und spricht mit augenscheinlicher
Genugthuung von der „Kurzsichtigkeit“ der Franzosen, die
gar nicht sehen wollen, wie sie mit ihrem diplomatischen
Sieg der englischen Regierung nur den Weg ebnen, die
Eroberung des Sudans — wenn eben keine ägyptischen
Gelder gewährt werden sollten — aus eigenen Mitteln zu
unternehmen und eine von den anderen Mächten ganz un-
abhängige Stellung zu erwerben. England könne es nur
durchaus recht sein, wenn die Franzosen derartig mit Blind-
heit geschlagen seien, daß sie selbst sich in Egypten den
Boden unter den Füßen wegziehen. Das ist denn doch, so
schreibt man der „T. R.“, eine sehr unüberlegte Auffassung
seitens des großen englischen Blattes. Wenn die von den
Russen unterstützten Franzosen allerdings von vornherein
nichts weiter beabsichtigt hätten, als die Beanspruchung der
Verwendung ägyptischer Gelder für den Sudan-Feldzug
durchzusetzen, so könnte man das vielleicht kurzfristig nennen,
da ja England dadurch zugleich von allen Fesseln internationaler
Rückstände befreit würde. Die Frage ist nur, ob Frankreich
und Rußland hierbei stehen bleiben werden, und ob sie die
Beanspruchung der halben Million nicht vielmehr zum Aus-
gangspunkt nehmen, um die ägyptische Frage einer Krisis
zuzuführen und England in die Enge zu treiben. Das
scheint der „Times“ in ihrer Freude entgangen zu sein.
Eine viel umsichtiger Auffassung der politischen Lage hat
die „Morning Post“. „Vom rein geschäftlichen und technischen
Gesichtspunkte betrachtet“, sagt das Blatt, „lebt Großbritannien
in Frieden mit den Großmächten, aber thätig haben zwei
der Großmächte ihrer Politik eine Richtung gegeben, die
derjenigen des britischen Reichs völlig entgegengesetzt ist;
entweder müssen sie auf ihre Absichten verzichten, oder Groß-
britannien muß nachgeben, oder es erfolgt ein gewaltiger
Zusammenstoß.“ Und hier kommt nun die „Morning Post“
auf ihre schon neulich ausgesprochene Besorgnis zurück, daß
Deutschland, das in Ostafrika antibrutische Bestrebungen
verfolge, zum Anschlusse an Rußland und Frankreich bereit
sei, um den englischen Einfluß vernichten zu helfen. Wenn
dasselbe Blatt — das ja noch vor wenigen Monaten von an-
wachsenden und wegwerfenden Bemerkungen über Deutschland
zu frohen pflanzte — nun innerhalb eines Zeitraumes von
acht Tagen zum zweiten Male die Regierung dringlich
auffordert, das Bündniß Deutschlands zu suchen, so darf
man daraus schließen, daß endlich eine heilige Angst vor
einer bisher für unmöglich gehaltenen Kombination von
Mächten und vor dem möglichen Zusammenbruch der un-

sicheren Weltmachtsstellung dem alten, sonst unerschütterlichen
Dochmuth in England einen starken Stoß versetzt hat. Früher
hatte man nur ein mitleidiges Schicksal für ein britisch-deutsches
Bündniß. Wir haben nicht Truppen genug, um Indien,
Egypten und Ostafrika zu gleicher Zeit zu verteidigen, sagt
jetzt aber das erwähnte konservative Organ mit Besorgniß,
und daher muß die Regierung ohne Verzug „mit Deutsch-
land ein klares Abkommen bezüglich der zukünftigen Politik
der beiden Länder treffen.“ Daß es der deutschen Diplomatie
gelungen ist, durch ihre jüngste Haltung in den großen
internationalen Streitfragen endlich eine so heilsame Jurüst
in England zu erzeugen, darf sie sich zum besonderen Ver-
dienst anrechnen. Die deutsche Diplomatie wird ohne Zweifel
dieses befriedigende Ergebnis weiter auszunutzen verstehen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Bei der kommenden Sonntag
beim Kaiser stattfindenden feierlichen Audienz wird der Gala-
wagen Li-Hung-Tschang's von einer Schwadron Ulanen ge-
leitet werden. Die Garde-Regimenter werden die Ehrencom-
pagnie mit Fahne und Musik stellen.

Der Präsident des evangelischen Oberkirchenraths erklärte
in einem Schreiben an den Oberpfarrer Dr. Lorenz, den
früheren Vorsitzenden des Mitteldeutschen Verbandes der
evangelischen Arbeitervereine, der Erlass des Oberkirchenraths
vom 16. December 1895 beziehe sich durchaus nicht auf die
jegensreiche Wirksamkeit der Geistlichen in den evangelischen
Arbeitervereinen; hinsichtlich letzterer gelte noch immer der
Erlass vom Jahre 1890, nach welchem ein evangelischer Geist-
licher solchen Bestrebungen nicht kalt und gleichgültig gegen-
überstehen dürfe.

Zum Schutze gegen die Einschleppung von Viehseuchen
ist die russische Grenze für die Einfuhr von lebenden Schweinen
gesperrt; für das oberschlesische Industriegebiet wurden jedoch
wöchentlich 1900 Stück zu sofortiger Abschachtung zugelassen.
Nachdem jedoch die inländische Schweinezucht erheblich zuge-
nommen hat und dadurch die Versorgung zu angemessenen
Preisen gesichert ist, wird zunächst eine Herabsetzung des
Einfuhrcontingents um 25—30 Prozent beabsichtigt. Für
Schweinefendungen nach dem oberschlesischen Industriegebiet
soll eine Frachtermäßigung von 50 Prozent gewährt werden.

Wie der „Köln. Jg.“ aus Moskau gemeldet wird, habe
Prinz Ludwig von Bayern bereits am Tage nach dem
Zwischenfalle sich zum Prinzen Heinrich begeben, dem gegen-
über er die Schärfe seiner Rede in freundschaftlicher Weise
milderte. Die beiden Prinzen begaben sich darauf gemein-
schaftlich zum Vorkämpfer Fürsten Radolin. Die „Wäner.
Allgem. Jg.“ schreibt über die Moskauer Rede des Prinzen
Ludwig: „Durch die authentische Darstellung verliert der
Vorgang völlig die ihm nach den ersten unbegreiflichen Mel-
dungen anhaftende Schärfe. Prinz Ludwig hat seinen nach
der Verfassung fortersten Standpunkt gewahrt und dabei die
deutsche Zusammengehörigkeit und deutsche Einigkeit so kräftig
betont, daß selbst der Böswilligkeit jede Mißdeutung unmög-

lich gemacht ist. Nicht die Worte des Prinzen vermögen
im Auslande eine falsche Vorstellung hervorzurufen, sondern
die Kommentare eines Theiles der deutschen Presse. Die
Worte des Prinzen können weder der nationalen Richtung
schaden, noch einem unberechtigten Particularismus Nutzen
bringen. Nicht minder ferndeutlich, als das bayerische Volk
ist das Haus Wittelsbach und hat dies wahrlich gezeigt, nicht
zuletzt Prinz Ludwig. Wo wäre der Beweis zu liefern, das
Bayern jemals seine Pflichten gegen das Reich nicht freudig
erfüllt hätte? Das allein ist der entscheidende Punkt.“

Fürst Bismarck setzt seinen Kampf gegen die Durch-
peitschung des Bürgerlichen Gesetzbuches fort. Neuer-
dings erklärte er, er würde auf das Verhafteste bedauern,
wenn der Reichstag einem durchaus unberechtigten Drucke
nachgäbe, der dahin geht, den Entwurf eines Bürgerlichen
Gesetzbuches noch in der gegenwärtigen Session durchzubringen.
— Ein solches Verfahren erinnere an das Durchpeitschen
des österreichischen Handelsvertrages im Jahre 1891. —
Eine Vorlage von der Bedeutung des Bürgerlichen Ge-
setzbuches müsse in ihren Einzelbestimmungen zunächst zur Kennt-
nis aller davon betroffenen Kreise gelangen. Dann erst könne
das Plenum des Reichstags — nicht eine kleine Gruppe des
Reichstags im Hochsommer — in eine Beratung eintreten.
Auch von anderer Seite wird noch in letzter Stunde gegen
das Gesetzbuch, das übrigens, wie mitgetheilt, erst am 1.
Januar 1900 in Kraft treten soll, mobil gemacht; namentlich
in Jägerkreisen. So hat der Allgemeine Deutsche Jagd-
schützenverein eine dringende Eingabe an den Reichstag gerichtet
um Beseitigung der §§ 819 und 819a, die die Wildschaden-
frage behandeln. — Die „Freis. Jg.“ schreibt: „Zum Bür-
gerlichen Gesetzbuch haben die vereinigten Fraktionen der
Freisinnigen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei am
Mittwoch die Taktik erörtert, welche inne zu halten ist
gegenüber dem Drängen, in übereilten Beratungen die Reichs-
tagsverhandlungen über das Bürgerliche Gesetzbuch alsbald
zum Abschluß zu bringen. Man war übereinstimmend der
Ansicht, daß angesichts der wichtigen Fragen, hinsichtlich deren
nach Ausweis der Kommissionsverhandlungen noch Meinungs-
verschiedenheiten bestehen, eine solche übereilte Beratung, wie
sie namentlich von der Centrumspartei und den Nationalli-
beralen beabsichtigt wird, weder der Wichtigkeit des Gegen-
standes noch der Würde des Reichstages entspricht, und daß
daher diese Absicht um so weniger Unterstützung verdient, als
das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuchs im näch-
sten Winter auch durch eine nachfolgende gründlichere Beratung
in keiner Weise gefährdet erscheint.“ — Ungefähr so
nur viel offenerzügiger, drückte sich in der Kommission auch
der Reformter Jäkrant aus.

Die chinesische Regierung hat auf der Werft des „Bal-
kan“ in Bredow bei Stettin drei geschützte Kreuzer best. lt.
Die früher gelieferten Panzer haben sich bestens bewährt und
z. B. in der vielbesprochenen Schlacht am Jaluflusse eine
ganz hervorragende Rolle gespielt; die Kreuzer haben die
Schiffe wenig beschädigt, und wenn die chinesischen Panzer
die Schlacht nicht zu Gunsten Chinas entscheiden konnten, so